

## Zehn Kandidaten – zwei Fragen

## Das Thema

Wir haben die zehn Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 53 mit zwei Fragen konfrontiert. Hier finden Sie die Antworten.

**Wie wollen Sie die Kommunen stärken – sie finanziell besser ausstatten für all ihre Aufgaben?**

**Dieselskandal, hohe Feinstaubbelastung in den Städten – mehr Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr wurde in die Diskussion gebracht. Sehen Sie hier eine Chance für den ländlichen Raum?**

## CDU



Fritz Güntzler, CDU

Die Finanzierung der Kommunen ist Aufgabe der Länder. Wir haben als Bund dennoch hier Verantwortung übernommen und sehr viel für unsere Kommunen getan. In dieser Legislaturperiode hat der Bund sich mit rund 95 Milliarden Euro zugunsten von Ländern und Kommunen engagiert. Nach der Wahl werden wir eine Kommission „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ einsetzen und darauf achten, dass benachteiligte Regionen in der Kommission angemessen vertreten sind.

Wir dürfen nicht den Fehler machen und die Ballungsräume gegen den ländlichen Raum ausspielen. Individuelle Mobilität muss genauso verfügbar sein wie Bus und Bahn. Zuerst muss die Autoindustrie alles tun, um den Schaden wieder gutzumachen, den sie angerichtet hat. Sie ist in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass Autos, die sie verkauft hat, auch weiter betrieben werden können und nicht mit Fahrverboten belegt werden.

## SPD



Thomas Oppermann, SPD

Ab 2018 bekommen die Kommunen zusätzliche Einnahmen von 5 Mrd. € (2017: 2,5 Mrd.). Das verbessert auch die Einnahmen der Kommunen im Landkreis.

2. Für die Sanierung von Schulen in finanzschwachen Kommunen: 7 Mrd. Euro. Außerdem wollen wir massive Bildungsinvestitionen in gebührenfreie Kitas und Ganztagschulen.

3. Für hoch verschuldete Kommunen müssen wir Entschuldungsmöglichkeiten schaffen.

Wir wollen einen verlässlichen Zeitplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei, barrierefrei und sicher zu gestalten. Wir wollen das Gemeindeverkehrsfinanzierungsprogramm auf 1 Mrd. Euro pro Jahr aufstocken, um den ÖPNV in Stadt und Land auszubauen. Dieselfahrzeuge müssen auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden.

## Die Grünen



Jürgen Trittin, Die Grünen

Viele kleine Kommunen werden von Kassenkrediten erdrückt. Insgesamt sind es 127 Mrd. Euro deutschlandweit. Wir wollen einen Altschuldentilgungsfonds. Außerdem führen wir die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ ein. Die Kommunen werden von den Kosten für das Wohngeld für Hartz-IV-Empfänger entlastet. Für die Sanierung von Schulen stellen wir in fünf Jahren zehn Mrd. Euro bereit und machen 10 000 Schulen fit für die Zukunft.

Ein flächendeckender ÖPNV ist unerlässlich. Wenn man nicht zuverlässig zum Arzt oder Behörden kommt, weil weder Bus noch Bahn fahren, dann ist es nicht mehr wirklich lebenswert. Leider haben wir heute oft nur noch ein „ÖPNV-Restangebot“, das gerade noch den Schülerverkehr sicherstellt. Wir brauchen deutlich mehr Geld für die Sicherung von echter Mobilität im ländlichen Raum. Im Kreis Göttingen soll ein Schnellbusssystem künftig nicht mehr als 5 Euro kosten.

## Die Linke



Konrad Kelm, Die Linke

Länder und Kommunen haben zu wenig Steuereinnahmen – es fehlen Vermögenssteuer und Gemeindefinanzierungssteuer. Dann könnten wir jährlich 120 Mrd. Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Die Schuldenbremse soll fallen, ein Privatisierungsstopp muss her. Grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand. Wo privatisiert, sind wir für Re-Kommunalisierung, z.B. von kommunalen Krankenhäusern.

Ja. Der Dieselskandal zeigt: Wir brauchen eine echte Mobilitätswende. Nur mit einem flächendeckenden Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs können wir die Belastung durch Abgase deutlich verringern. Die Linke will dies mit einer Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum verbinden. Die Anbindung zum nächsten Oberzentrum muss mindestens im Stundentakt erfolgen. Niemand sollte auf ein eigenes Auto angewiesen sein, um mobil zu sein.

## FDP



Konstantin Kuhle, FDP

Die Gewerbesteuer sollte durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt werden. Das befördert den Wettbewerb der Kommunen und belohnt solche Städte und Gemeinden, die sich langfristig bemühen.

Mobilitätsfragen in der Stadt und im ländlichen Raum unterscheiden sich fundamental. Während in den Städten durch innovative Konzepte, etwa im Öffentlichen Personennahverkehr, die Umwelt geschont werden kann, werden wir im ländlichen Raum mehr Zeit benötigen. Ein pauschaler Verzicht auf den Verbrennungsmotor oder ein reines Setzen auf Öffentlichen Personennahverkehr ist hier nicht der richtige Weg.

## AfD



Pierre Hillebrecht, AfD

**Wie wollen Sie die Kommunen stärken – sie finanziell besser ausstatten für all ihre Aufgaben?**

**Dieselskandal, hohe Feinstaubbelastung in den Städten – mehr Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr wurde in die Diskussion gebracht. Sehen Sie hier eine Chance für den ländlichen Raum?**

Meiner Ansicht nach sind hier zuerst der Bund und das Land in der Pflicht, mehr Geld für die Kommunen bereitzustellen. Es kann nicht sein, dass die Bürger durch immer höhere Gebühren und Steuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer etc.) belastet werden. Auch die Praxis, Bürger bzw. Anwohner die Instandhaltung der Straßen teilweise selbst bezahlen zu lassen, muss aufhören. Schließlich zahlen sie ihre sonstigen Steuern genau zu diesem Zweck.

Ich sehe große Chancen für den ländlichen Raum, da eine deutliche Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs viele Pendler vom Auto „wegholen“ könnte. So könnte das morgendliche Verkehrschaos in und um Göttingen entschärft werden, und die Attraktivität des ländlichen Raumes und der Mittelzentren als günstige Wohngebiete würde gestärkt. Gleichzeitig stiege die Lebensqualität in der Stadt Göttingen selbst. Alle würden profitieren.

## Piraten

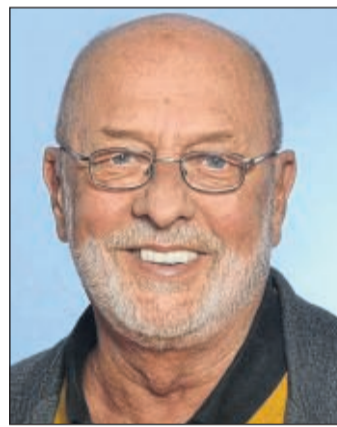


Dana Rotter, Piraten

Die Reform des Länderfinanzausgleichs, die im vergangenen Jahr zwischen Bund und Ländern beschlossen wurde, muss bewirken, dass mehr finanzielle Mittel in die Kommunen fließen. Es dürfen nicht alle Aufgaben und ihre finanzielle Bewältigung allein an den Kommunen hängen bleiben. Bund und Länder sind in der Pflicht etwa den Anstieg der kommunalen Sozialausgaben aufzufangen. Nur so kann die Investitionskraft der Kommunen wieder hergestellt werden.

Angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Landflucht ist ein attraktiver ÖPNV für die Dörfer besonders wichtig. Mit mehr Geld könnte man streckenweise bzw. regional begrenzt kostenlose und ausreichend eng getaktete ÖPNV-Modelle testen, insbesondere auf Strecken, wo besonders viele Berufstätige zwischen einer kleinen Stadt und einer in der Nähe befindlichen und stark abgasbelasteten Großstadt pendeln.

## Freie Wähler



Rainer Nowak, Freie Wähler

Wir wollen starke und handlungsfähige Gemeinden mit ausreichend Geld und wir wollen Planungssicherheit – zu erreichen durch gezielte Struktur- und Ansiedlungspolitik. Beispiel: schnelles Internet, Ausbau der Verkehrswege, flächendeckende Gesundheitsversorgung. Die Kommunen brauchen mehr Geld, die Länder müssen die mit dem Bund vereinbarte jährliche Integrationspauschale an die Kommunen als Verantwortliche der Integration weiterleiten.

Ab sofort keine Dieselaautos mehr bauen und keine neuen verkaufen. Die Autoindustrie muss für den Schaden aufkommen, kein Cent der Steuerzahler. Die Kanzlerin muss eingreifen. Die vorhandenen Diesels sollten sofort auf Kosten der Autoindustrie umgerüstet werden. Die Feinstaubbelastung muss erheblich verringert werden, wir brauchen neue Flächen für Umgehungsstraßen, um den Verkehr aus den Städten zu holen.

## MLPD



Kay Langemeier, MLPD

Die Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben und haben außer der sinkenden Gewerbesteuer keine eigenen Einnahmen. Dadurch werden sie in den Ruin getrieben: Folgen sind Personalmangel, verfallende Schulen, Schließung von Bädern, Büchereien und Krankenhäusern. Gleichzeitig fahren Großkonzerne Milliardengewinne ein. Ich fordere die Entlastung der Kommunen auf Kosten der Konzerne und ein Schuldenmoratorium für Kommunen.

Wir brauchen auch in den Städten saubere Luft. Die Autokonzerne haben uns belogen und betrogen mit ihrem Märchen von Green Diesel und sind hauptverantwortlich für zunehmende Feinstaub- und Stickoxidbelastung. Wir brauchen ein Verkehrssystem vollständig auf Basis erneuerbarer Energien, von der Energiegewinnung bis zum Antrieb und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie die unentgeltliche Nutzung.

## Die Partei



Dr. Christian Prachar, Die Partei

Unnötige Gutachten und Planfeststellungsverfahren werden abgeschafft, dann ist plötzlich auch wieder Geld vorhanden. Zudem bekennen wir uns in Punkt 1 unseres Wahlprogramms zu „allumfassender Gerechtigkeit“: Jeder kriegt von allem mehr, dann hat auch keiner zu wenig. Wer das bezahlen soll? Darum kümmern sich die Ausschüsse. Freigetränke und Knabberzeug sind dort von den Teilnehmern selbst mitzubringen, das spart ebenfalls Geld.

Unsere Forderung lautet: „Schwarzfahren muss bezahlbar bleiben“. So soll es ein Rabattsystem geben: Zehnmal nicht erwischt und es gibt eine Fahrt gratis. Daneben setze ich mich für einen Transrapid im Gartetal ein. Der löst das Pendlerproblem aus Duderstadt und ermöglicht es Studenten, die hohen Mieten in der Göttinger Innenstadt zu umgehen. Günstig im Eichsfeld wohnen, ausschlafen und dennoch pünktlich im Hörsaal sitzen.